

**REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT**

GZ 921 189/1-II/1/83

Legistik (Stellungnahme -
Einbringungsverfahren)Außerdienstrechtliche Vorschriften
BMI Hubschrauber - Rettungsdienst -
Modellversuch

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 24	GE/1983
Datum: 26. JULI 1983	
1983 -07- 27	
Verteilt	Fromer

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2

Tel. (0 22 2) 66 15/0

Sachbearbeiter

RETTENBACHER

Klappe 2543 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 1370-900

DVR: 0000019

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.An das
Präsidium des NationalratesW i e n

Im Sinne des ho. Rundschreibens vom 13. Mai 1976,
Zl. 600 614/3-VI/2/76 beehrt sich das Bundeskanzleramt-
Sektion II, 25 Ausfertigungen jener Stellungnahme, die
es zu dem vom Bundesministerium für Inneres unter
GZ 22.018/54-III/4/83 versendeten Entwurf einer Verein-
barung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem
Land Salzburg über den Modellversuch eines gemeinsamen
Hubschrauber - Rettungsdienstes abgegeben hat, zu über-
mitteln.

Beilage15. Juli 1983
Für den Bundeskanzler:
STIERSCHNEIDERFür die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

GZ 921 189/1-II/1/83

Legistik (Stellungnahme - und
Einbringungsverfahren)

Außerdienstrechtliche Vor-
schriften BMI Hubschrauber -
Rettungsdienst - Modellversuch

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2

Tel. (0 22 2) 66 15/0

Sachbearbeiter

RETTENBACHER

Klappe 2543 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 1370-900

DVR: 0000019

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

An das
Bundesministerium für Inneres

W i e n

Zu dem mit do. Note vom 31. Mai 1983, GZ 22.018/54-III/4/83,
übermittelten Entwurf einer Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG
zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über den Modell-
versuch eines gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienstes
teilt das Bundeskanzleramt - Sektion II mit, daß grund-
sätzliche Bedenken gegen den Entwurf nicht bestehen.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß die durch den drei-
jährigen Modellversuch "Hubschrauber-Rettungsdienst" an-
fallenden vertraglichen Verpflichtungen des Bundes von dem
bei der Flugeinsatzstelle Salzburg des Bundesministeriums
für Inneres befindlichen Personal wahrscheinlich nur in Form
von Mehrdienstleistungen bewältigt werden können.

Aus dem vorliegenden Entwurf kann aber nicht schlüssig abge-
leitet werden, ob die Kosten für diese Mehrdienstleistungen
auf dem Personalsektor tatsächlich dem Bund von der AUVA im
vollen Umfang refundiert werden, da die diese Kostentragung
regelnden Teilverträge zwischen dem Bund und dem Land Salzburg
einerseits und der AUVA andererseits noch nicht erstellt wurden.

Da jedoch im Vorblatt zum vorliegenden Vertragsentwurf vom
Bundesministerium für Inneres die Kostenneutralität dieser

Vereinbarung zwischen Bund und dem Land Salzburg behauptet wird, ersucht das Bundeskanzleramt - Sektion II um Erläuterung der genauen Kostenaufteilung.

Unter einem werden 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

15. Juli 1983
Für den Bundeskanzler:
STIERSCHNEIDER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

